

HAUSHALTSREDE 2013

vom 27.02.2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,

der Haushaltsentwurf bewegt sich im Wesentlichen im Rahmen des Haushaltssanierungsplans, der 2012 vom Rat beschlossen wurde. Insofern enthält der Haushalt 2013 keine wirklichen Überraschungen. Unsere Kritik am Sanierungsplan und am Haushaltsentwurf bleibt aber unverändert.

Wir vermissen insbesondere Einsparungen bei den städtischen Töchtern, wie

- bei der Bädergesellschaft und
- bei Windor, sowie
- bei den Fraktionsaufwendungen.

Gerade bei letzteren hätte man zeigen können, dass sie sich die Politik selbst beim Sparen nicht ausnimmt.

Die WIR-Fraktion stimmt daher gegen die Haushaltssatzung 2013 und die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans.

Meine Damen und Herren,

lassen mich an dieser Stelle etwas Grundsätzliches zum Stärkungspakt sagen. Bei aller geäußerten Kritik weist meiner Auffassung nach der Stärkungspakt in die richtige Richtung. Zum einen beteiligt sich das Land durch die zugesagte Konsolidierungshilfe an der Rückführung der Haushaltsdefizite. Zum anderen aber zwingt das Land die Stadt durch die Forderung nach Aufstellung eines Haushaltssanierungsplans zu strikter Ausgaben- und Einsparungsdisziplin.

Die Drohung der Finanzaufsicht, bei Vorlage eines nichtgenehmigungsfähigen Haushaltssanierungsplans, die Handlungsfähigkeit der Stadt massiv einzuschränken, hat Wirkung gezeigt. Politik und Verwaltung bemühen sich mittlerweile, in absehbarer Zeit einen ausgeglichen Haushalt zu erreichen.

Die Frage darf gestellt werden, warum es der Rat in der Vergangenheit nicht von sich heraus geschafft hat, nicht mehr Geld auszugeben als die Stadt einnimmt. Wobei es natürlich auch uns nicht entgangen ist, dass die Stadt Dorsten nicht zu 100 % für alle Probleme zuständig ist.

Im Grunde genommen gibt es ja nur zwei redliche Möglichkeiten, Projekte zu finanzieren, die den Haushaltsausgleich gefährden: Entweder

- spart man an anderer Stelle Kosten ein, oder
- man erhöht die Steuern.

Beide Maßnahmen hätten zur Folge, dass ein Diskurs in Gang gesetzt wird, bei der die Bürger abwägen würden, ob sie bereit wären, die damit einhergehenden Konsequenzen zu tragen.

Lassen Sie mich dies an einem Beispiel erläutern:

Das Spaßbad Atlantis ist gerade mal 12 Jahre alt und hat die Stadt in Summe bereits 30 Millionen € Verluste beschert. Nach dem Heimfall 2004 betreibt die Stadt das Bad in Eigenregie. Die jährlichen Aufwendungen, ohne den Schuldendienst bei der Landesbank Baden-Württemberg (1,1 Mio. €), betragen 2 Millionen €.

2 Millionen € entsprechen ungefähr einer Grundsteuerhebesatzerhöhung von 85 Punkten. Wären die Bürger unserer Stadt tatsächlich bereit gewesen, für ein Bad, dessen Besucher zu ca. 80% von außerhalb kommen, eine solche Steuererhöhung zu tragen? Oder wären sie damit einverstanden gewesen, dass an anderer Stelle Ausgaben um jährlich 2 Millionen € gekürzt worden wären?

Wir wissen alle, dass das Problem 2004 anders gelöst wurde. Man hat einfach mehr Kredite aufgenommen. Der Bürger hat davon nichts gemerkt; man hat das Problem in die Zukunft verlagert. Mögen die nachfolgenden Generationen damit fertig werden. Das ständige Gerede von der angeblichen „Vergeblichkeitsfalle“ oder der „Lazarusgemeinde“ sollte suggerieren: „Da kann man nichts machen“.

Meine Damen und Herren,

es bleibt zu hoffen, dass die Stadt Dorsten ihre volle Handlungsfähigkeit möglichst bald wieder erhält. Nur dann können auch die strukturellen Probleme in unserer Stadt angegangen werden.

Dorsten hat in den zurückliegenden 12 Jahren 5000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren. Die Industrieansiedlungen im interkommunalen Industriegebiet Dorsten/Marl haben den Verlust an Arbeitsplätzen durch die Schließung der Zeche bei weitem nicht wettmachen können.

Dorsten braucht mehr produzierendes Gewerbe. Hierzu bedarf es einer aktiven Wirtschaftsförderung, die den Schwerpunkt mehr auf Betriebsansiedlungen legt, als auf die Entwicklung von Wohnbauflächen. Andernfalls wird Dorsten nicht nur älter und bunter, sondern auch mehr und mehr zur Schlaf- bzw. Pendlerstadt mit allen negativen Konsequenzen.

Nicht nur die Städte Gladbeck und Marl haben weit höhere Gewerbesteuererinnahmen als Dorsten. Selbst das ländliche Raesfeld erzielt 30 % mehr Gewerbesteuer pro Einwohner als Dorsten.

Natürlich ist die Entwicklung von Gewerbeflächen mit erheblichen Kosten verbunden. Nur eine gesunde Kommune mit einem ausgeglichenen Haushalt wird diese und andere Zukunftsaufgaben erfolgreich bewältigen können.

Umso wichtiger bleibt es, den Sparkurs weiter zu betreiben und Investitionen in kostenträchtige Prestigeobjekte zu unterlassen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!